

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1922**

143 (23.6.1922)

# Volkshfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 28 M. mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 33 M.; in der Geschäftsstelle und bei unsern Karlsruhern Abgaben abgeholt 20 M. monatlich. — Einzelnummern 1 M.

Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Ruisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die einspaltige Kolonelle 8.40 M., auswärts 4.— M. Die Mehrzeile 15.— M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefluß 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

### Kritische Lage

#### Die Massen müssen sich bereit halten — Die Getreideumlage im volkswirtschaftlichen Ausnahmefall

In verschiedenen bürgerlichen Blättern wird behauptet, daß in der Frage der Getreideumlage die Hauptverhandlungen bereits im Stadium der Verständigung in sicherer Aussicht stünde. Diese Behauptung ist, wie mit dem größten Nachdruck erklärt werden muß, vollkommen falsch. Natürlich kann bei dem augenblicklichen Stand der Dinge niemand sagen, daß die Verständigung nicht zustande kommen werde. Die Reichstagsaufschiebung also unvermeidlich sei. Eine Klärung ist weder nach der einen noch nach der andern Seite hin erfolgt. Stimmungslage aber hat man in diesem Augenblick eher Anlaß zum Pessimismus, als zum Optimismus.

Der Kampf im Ausschuss wird sich voraussichtlich um die Preisfrage drehen. Die bürgerlichen Koalitionsparteien möchten gern den Landwirten für das Umlagegetreide einen Preis sichern, der den Marktpreis möglichst nahe erreicht. Die Sozialdemokraten erklären dagegen, daß die ganze Umlage ihren Zweck verliere, wenn nicht zwischen Umlagepreis und freien Marktpreis eine beträchtliche Differenz bleibt. Zur Lösung dieser Frage lassen sich kaum feststehende Zahlen aufstellen; denn wir wissen ja gar nicht, wie sich der Geldwert im Laufe des nächsten Jahres gestalten wird. Ueberstimmungen herrscht darüber, daß der Umlagepreis die Getreidekosten decken soll; diese lassen sich aber nicht ohne weiteres feststellen. Eine Anbahnung an die Geldwertverhältnisse, falls sie zu ungerem Ungleichstand führen sollte, wird notwendig sein.

Darüber darf man sich also nicht täuschen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion kämpft nicht dafür und kann nicht dafür kämpfen, daß das Brot, im heutigen Geldwert ausgedrückt, billiger wird. Sie kann auch nicht erreichen, daß eine Steigerung des Marktpreises die der fortwährenden Geldentwertung entspricht, verhindert wird. Wofür sie kämpft, was sie unter allen Umständen durchsetzen will, ist, daß es nur das eine, daß ein wesentlicher Teil des Inlandsgetreides zu Preisen verkauft wird, die erheblich billiger sind als die Preise, wie sie sich auf dem freien Markt gestalten. Die der Marktpreisentsprechung entsprechende Erhöhung des Marktpreises muß durch Anbahnung der Gehälter und Löhne an den gestiegenen Marktpreis ausgeglichen werden. Und das auf gemeinschaftlichem Wege zu erreichen, würde wohl auch möglich sein. Wenn aber jede Erhöhung fällt, dann steigen die Brotpreise mit einem Mal ins Unermessene, und es wird nicht mehr möglich sein, ihnen durch Lohn- und Gehaltserhöhungen nachzukaufen. Schwere Verelendung und heftige Wirtschaftskämpfe würden die weitere unvermeidliche Folge sein. Diesen blödsinnigen Uebergang zur freien Wirtschaft bekämpft die sozialdemokratische Reichstagsfraktion aufs äußerste und wenn die Reichstagsmehrheit ihn offen oder verbüllt beschließen würde, dann würde die Sozialdemokratie dafür sorgen, daß das Volk selbst durch Auflösung und Neuwahlen zur Entscheidung aufgerufen wird.

So also liegen die Dinge in diesem Augenblick. Die arbeitenden Massen müssen sich bereit halten, gegen die Vertreter der agrarischen Volksausbeutung eine Entscheidungsschlacht zu schlagen. Je klarer es den bürgerlichen Parteien wird, daß die Gefahr wirklich da ist und daß sie im Falle von Neuwahlen auf einen vernünftigen Ausgang für sie zu rechnen haben, desto mehr wird der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ihre Arbeit erleichtert werden. Es gibt dann nur noch zwei Möglichkeiten, entweder eine Verständigung auf haltbarer Grundlage, oder einen den guten Sieg verheißenden Kampf.

#### Die Vorlage im Ausschuss

Der volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstags begann bereits am Mittwoch mit der Beratung der Getreideumlage. Wie im Reichstag zu dem Gesetzentwurf von den Reichsparteien nur Landwirte vorgeschickt wurden, so fanden sich auch im Ausschuss als Vertreter der bürgerlichen Parteien lediglich agrarische

Interessenvertreter zusammen. Zunächst wurde beschlossen, in anbeacht der dringenden Wichtigkeit des Gegenstandes und seiner raschen Erledigung von einer Generaldebatte abzusehen. Dennoch aber wurde von den Deutschnationalen die Generaldebatte erzwungen, indem sie einen vom Abg. Koeffigke eingebrachten Antrag begründeten, den grundlegenden Artikel 1 der Vorlage abzulehnen und damit den freien Verkehr mit Getreide inländischer Ernte herzustellen. Ein weiterer Antrag der beiden Reichsparteien will für die Umlage einen Scheinerfah in Form weitläufiger Maßnahmen herstellen, deren Wirksamkeit stark bezweifelt werden muß und deren Durchführung jedenfalls im Laufe der zur Verfügung stehenden Zeit unmöglich wäre. Es handelte sich ganz offensichtlich um einen Verschleppungs- und Obstruktionsantrag, um zunächst einmal die Getreideumlage zu Fall zu bringen. Was danach wird, scheint den Herren von der Rechten ziemlich gleichgültig zu sein.

Genosse Kappeler trat dem deutschnationalen Mandat entgegen. Er begründete die Sicherstellung der Brotversorgung durch die freie Wirtschaft als eine Unmöglichkeit, ja als eine Katastrophe. Es handele sich jetzt darum, ob es außer der Umlage noch einen anderen Weg gebe. Ein solcher sei aber vorläufig nicht zu sehen. Falls die Vorlage fallen sollte, müsse die Auflösung des Reichstags kommen. Die Frauen würden sich dann gegenüber ihrer Haltung vom 20. Juni 1920 eines Besseren besinnen. — Der Demokrat Böhmke spricht den Wunsch der Verständigung aus. Seine Partei behalte sich volle Freiheit gegenüber der Regierungsvorlage vor und werde sich erst entscheiden, indem die Gestaltung des Ganzen zu übersehen sein werde. — Dr. Gerh wendet sich namens der Unabhängigen gleichfalls scharf gegen die Obstruktionsversuche der Rechten, deren Abgeordnete sich nur als „Banditen“ gebärdeten, obwohl sie als Vertreter des ganzen Volkes gewählt seien. Die kleinen Randvorteile müßten getrennt, die großen Schäden beseitigt werden. Ueber die Preisfrage muß Klarheit geschaffen werden. Der Redner warnt das Zentrum davor, ein Kompromiß mit der Deutschen Volkspartei zu suchen.

Reichsernährungsminister Fehr führte aus: Nicht Freude an der Zwangswirtschaft, sondern Not veranlaßt uns, an der öffentlichen Bewirtschaftung in beschränktem Umfang festzuhalten. Grundtatsache ist die freie Wirtschaft zur Förderung der Produktion am besten geeignet. Die Produktion braucht zu ihrer Förderung aber nicht nur Freiheit, sondern auch Anreize und Ordnung, und darum ist für die volle Freiheit der Zeitpunkt noch nicht gekommen, sondern eine beschränkte öffentliche Bewirtschaftung notwendig. Wer für die Umlage ist, ist daher kein Gegner der Landwirtschaft. Schon durch die Freigabe der Wirtschaft, soweit sie erfolgt ist, sind breite Schichten des Volkes ins Elend gekommen. Welchen wir die Umlage nicht, dann bekommen wir Auslandspreise für Brot. Dafür kann die Reichsregierung die Verantwortung nicht übernehmen.

Gegen den Wunsch der Sozialdemokraten und Unabhängigen verlagert sich der Ausschuss nach 1 Uhr, trotzdem auch der Reichsernährungsminister seinem Redauern über die durch eine Vertagung entfallende Verzögerung der Ausschussarbeiten Ausdruck gegeben hatte.

Die sozialdemokratische Fraktion hat beantragt, die zu erfassende Menge von 2 1/2 Millionen Tonnen auf 4 1/2 Millionen Tonnen zu erhöhen und nicht nur die mit Getreide bebauten Flächen, sondern die gesamten landwirtschaftlichen Flächen zu erfassen.

Von den Deutschnationalen ist ein Eventualantrag eingebracht, falls der Antrag auf Abhebung des § 1 und damit die gesamte Umlage abgelehnt werden sollte, die Umlage von 2 1/2 auf 1 1/2 Millionen zu ermäßigen.

#### Ueberweisung an einen Unterausschuss

Berlin, 22. Juni. Der volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstags setzte heute die Beratung des Gesetzentwurfes über die Getreideumlage aus der allgemeinen Aussprache fort und beschloß, die gesamten Fragen einem Unterausschuss zu überweisen.

#### Paris und London

Paris, 22. Juni. Der diplomatische Berichterstatter der „Agence Havas“ erklärt, daß im Laufe der letzten Woche mehrere Noten an die französische Regierung gelangt wurden. Eine von ihnen legt den kritischen Standpunkt dar, der jedem isolierten Vorgehen bei der Durchführung der Friedensverträge feindlich ist gemäß dem von der britischen Regierung anläßlich der Befragung Frankreichs vertretenen Grundgedanken.

Nach dem „Echo de Paris“ habe Poincaré vor Antritt seiner Reise nach London eine Note unterschrieben, in der gesagt wird, daß Frankreich bereit sei, eventl. gegen Deutschland, um zu Reparationszahlungen zu gelangen, jede Zwangsmaßnahme durchzuführen, die es für gut halte und daß Millerand im April 1920 nach der Affäre Frankfurt niemals auf dieses Recht verzichtet habe.

Paris, 22. Juni. Ueber die Sitzung der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten wird noch berichtet,

daß nach Mitteilungen Doumergues auch die englische Regierung entschlossen sei, keine Herabsetzung der deutschen Schuld ins Auge zu fassen und vielmehr Kontrahentmaßnahmen von Deutschland zu fordern.

#### Aus Oberschlesien

Wett. Beuthen, 22. Juni. Die feierliche Einführung von Prof. Kadenbed als Präsident der Schiedsgerichtskommission hat heute mittag hier stattgefunden.

Kattowitz, 22. Juni. Heute vormittag fand hier die feierliche Einführung Galenders, des Präsidenten der gemischten Kommission, statt.

Berlin, 22. Juni. Der Amnestievertrag für Oberschlesien ist gestern zwischen dem deutschen Gesandten v. Gdard und dem polnischen Minister Seyda abgeschlossen worden.

#### Ungeheuerlichkeiten beim Truppenzuge

Breslau, 22. Juni. Beim Einzug der deutschen Truppen in die ländlichen Bezirke von Kreuzburg und Oberglogau, den äußersten Westen Oberschlesiens, hat die Bevölkerung dieser beiden Kreise, die immer am härtesten mit deutschnational gewesen war, vielfach schwarz-weiß-rote Flaggen herausgehängt, wodurch andererseits die Arbeitererschaft leidet veranlaßt wurde, sich bei den Einzugsfeierlichkeiten ableits zu halten. Die Reichswehr zog mit der schwarz-weiß-roten Kriegsflagge ein und außerdem mit den schwarz-weißen Revolutionsflaggen. Der Gebrauch dieser Farben durch das Heer der Republik hat in linksstehenden Kreisen nicht nur in der Arbeitererschaft, sondern auch der verfassungstreuen katholischen Bevölkerung aufs äußerste verstimmt. Sowohl in der sozialistischen Presse wie auch in den liberalen Blättern wird darauf hingewiesen, daß bei der friedlichen Befreiung deutschen Bodens der Gebrauch der Kriegsflagge nicht angemessen war, und daß der Reichswehrminister hier mindestens eine große Ungeheuerlichkeit der ihm unterstellten Reichswehr zu bedenken habe. Die Italiener in Kreuzburg weigerten sich, vor der schwarz-weiß-roten Flagge zu präsentieren, und erklärten sich nur bereit, eine Ehrenbegehung vor der schwarz-rot-goldenen Flagge vorzunehmen.

#### Prozeß der Sozialrevolutionäre

##### Rückkehr der Verteidiger aus Rußland

Wie die „Frankfurter Zeitung“ aus Riga meldet, trafen dort am 21. Juni aus Moskau die Verteidiger der russischen Sozialrevolutionäre Wandersolbe, Liebnecht und Rosenfeld ein, die mit Zustimmung der Angeklagten die Verteidigung aufgeben haben. In einem Antrag an die Arbeitererschaft der ganzen Welt fordern sie, daß das Leben der angeklagten Sozialrevolutionäre gefährdet ist, die Arbeiterparteien aller Länder zum Protest gegen die Todesstrafe und stellen fest, daß: 1. das oberste Revolutionstribunal ignoriert die Berliner Zusicherungen. 2. Die Vertreter der Sowjetregierung erklären die Berliner Abmachungen für bindend. 3. Budarin als Vertreter der 3. Internationalen behauptet, der Berliner Vertrag sei gerichtlich.

#### Lohnzulagen der Reichs- u. Staatsarbeiter

Im Reichsfinanzministerium sind am Mittwoch abend die Besprechungen über die Lohnzulagen für die Reichs- und Staatsarbeiter zu Ende geführt worden. Die Erhöhungen sind entsprechend den Aufbesserungen der Beamtengehälter vorgenommen worden. Bezüglich der Richtlinien für die Ausnützung der Arbeitszeit ist nach der „Germania“ zwischen den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und der Regierung ein Abkommen getroffen worden, das über die bisher gegebenen Richtlinien besondere Verhandlungen stattfinden sollen, die voraussichtlich am 28. Juni beginnen werden. Die Gewerkschaften wünschen in einigen Punkten eine Abänderung der vorgeschlagenen Richtlinien.

#### Prozeß Killinger

Offenburg, 22. Juni. Die Offenburger Staatsanwaltschaft hat gegen das freisprechende Urteil in dem Prozeß gegen Kapitänleutnant a. D. von Killinger Revision eingelegt.

#### Der englische Feldmarschall Wilson ermordet

London, 22. Juni. Feldmarschall Sir Henry Wilson wurde heute nachmittag auf seinem Landgut bei London von zwei Männern erschossen. Die beiden Täter wurden verhaftet. London, 22. Juni. Ueber den Ueberfall auf Feldmarschall Wilson teilte Chamberlain im Unterhause mit, daß zwei unbekannte bewaffnete Männer in das Londoner Wohnhaus des Generals eindringen und ihn erschossen. Drei Polizisten wurden ebenfalls erschossen. Beide Täter sind verhaftet. Die Mitteilung rief im Unterhause Bestürzung hervor und es beschloß, sich zum Zeichen der Trauer zu verlegen.

Die Wälder bringen über die Ermordung des Generalfeldmarschalls Sir Henry Wilson, die ungeheueres Aufsehen erregt hat, verschiedene Darstellungen. Im Gegensatz zu der Erklärung Chamberlains wird berichtet, daß der Mord vor der Wohnung des Feldmarschalls verübt worden ist. Die beiden verhafteten Täter heißen: Connely und Mabrien. Beide Männer sollen als Sinnfänger festgesetzt worden sein.

#### Noch immer 28 deutsche Kriegsgefangene in Frankreich

Paris, 22. Juni. Das „Journal des Debats“ veröffentlicht die Aufschrift eines Hauptmanns der aktiven Armee, der dafür eintritt, daß die letzten 28 deutschen Kriegsgefangenen, die noch in Toulon zurückgehalten werden, sofort in Freiheit gesetzt werden müssen, denn, so führt er aus: „All die Diebstähle, Einbrüche und Fälschungen, die ihnen zur Last gelegt werden, seien zweifellos in dem Gefühl begangen worden, daß sie eine heilige Pflicht erfüllen, denn sie versuchten auf alle Fälle, wieder in ihre Heimat zu gelangen. Er sei davon überzeugt, daß alle seine Kameraden, die aus der Gefangenschaft entwichen seien, derselben Ansicht huldigen, wie er selbst zu dieser Entweichung hilfreiche Hand geliehen habe.“

#### Haager Konferenz

Haag, 22. Juni. Amtlicher Bericht. Die erste Unterkommission der nicht-russischen Regierung, die sich mit der Frage des Privateigentums beschäftigt, hielt heute ihre erste Sitzung ab. Die Besprechung bezog sich auf allgemeine Fragen und die Arbeitsmethode.

#### Der Markkurs

In seiner Besprechung mit dem Reichsfinanzminister Dr. Wirth hat Reichsbankpräsident Havenstein einer Berliner Korrespondenz zufolge die Möglichkeit von Stützungsaktionen für den Markkurs verneint. Sollte ein Markkurs eintreten, so ist nach seiner Ansicht keine Möglichkeit gegeben, die steuerlichen Zwangsmaßnahmen durchzuführen. Es würden dann wieder die Zwangsmaßnahmen an die Entente auf die Dauer gestiftet werden können, noch würde die Regierung in der Lage sein, ihr Finanzprogramm zur Balanzierung des Reichshaushalts durchzuführen.



gesellschaft geeignet. Es läßt sich nicht allgemein sagen, daß der Betrieb der Staatsdomänen rüstig sei. An den Kreissteigerungen bei der Heugraeberzeugung haben wir keine Freude. Wir wollen den kleinen und mittleren Landwirten unter allen Umständen schützen. Die Staatsbeteiligung an den Betrieben darf nicht zur Bürokratisierung führen. Das Kostunternehmensehreitschritt rüstig vorwärts. Herr Abg. Wagner nahm sich warmherzig des Hagenschick an; sobald die Prozesse erledigt sind, werden wir eine Denkschrift hierüber herausgeben. Die Erhaltung unserer Nebenbahnen bereitet uns fortgesetzt Sorgen. Das Reich zeigt sich leider in Bezug auf Übernahme der Nebenbahnen augenblicklich ungenügend. Bei der

**Mannheimer Schloßmadelaffäre**

Ist mancher recht schief und unrichtig dargestellt worden. Selbst Lote marschierten auf. Der beigesagene Schloßmadelaffäre ist nämlich bereits 1917 gestorben. Am gestrigen Artikel der „Vollstimmte“ sehen wir, daß die Dinge bei der Mannheimer Schloßmadelaffäre nicht so dastehen. Einmal Tages werden wir zum Mannheimer Nationaltheater sicherlich eine andere Haltung einnehmen müssen. Heute aber ist aus finanziellen Gründen eine andere Haltung nicht möglich. Ueber die Art der Begnadigung kann man verschiedene Meinungen haben. Aber auch hier gilt: Wenn man vom Reichsamt kommt, ist man klüger als zuvor. Das Finanzministerium ist zu jedem Entgegenkommen gegenüber der Stadt Mannheim bereit. Dies gilt für die verschiedenen Fragen. Derzeit verhandeln wir wegen des Mannheimer Hofens, um ein günstiges Ergebnis für Mannheim zu erzielen. Eine Kommission zur Kontrolle der Maßnahmen des Finanzministeriums in der Mannheimer Schloßmadelaffäre scheint mir nicht angebracht. Die Regierung muß deshalb die Bildung einer Sachverständigenkommission als Ausdruck des Mißtrauens ablehnen. Dagegen sind wir zur Ueberlassung von Räumen sobald als möglich bereit. Was

**Die Reichsfinanzien**

betrifft, so bin ich der Meinung, daß die Reichsfinanz auf dem rechten Wege damit ist. Der Rapallo-Vertrag brachte uns endlich eine aktive Bilanzierung. Die Pariser Bankierskonferenz brachte uns einen Schritt vorwärts; man sieht, es dämmert, wenn sich der Morgen auch noch nicht zeigt. Die Würzburger Beschlüsse zeigen Verständnis für die Notlage der Länder und Gemeinden. Eine Fährgefahrsteuer hätten wir für sich und einseitig. Die Einkommensteuer ist schon zu Zweifeln für die Länder und Gemeinden erhoben, und wenn die Würzburger Beschlüsse durchgehen, sogar Dreiviertel. Gegen verschiedene Würzburger Beschlüsse haben wir Bedenken, weil sie die Länder und Gemeinden in den Zufüssen für die Beamten zu sehr vom Reich abhängig machen. Sobald als möglich werden wir den badiischen Beamten die Vorteile der neuen Besoldungsordnung gütlich werden lassen. Dem Abg. Meyer möchte ich sagen, daß in Baden unter der Last der zu leistenden Arbeit ein Abbau der Beamtenzahl nicht möglich ist. Ich habe ja immerfort zu wehren, daß nicht neue Stellen angefordert werden. Noch schwerer als die kritischen Punkte an den Steuern ist die Finanznot. Zu den berechtigten Wünschen rechne ich die Uebernahme der Besteuerungsart der Ehegatten und die steuerliche Befreiung der hundertreichen Familien. Die Grenze für den zehnprozentigen Lohnabzug muß erhöht werden. Die Veranlagungsbeamten fahren mit Recht sehr durch. Ich bin erschrocken, was für Persönlichkeiten es in einem Bezirk waren — ich nenne den Bezirk nicht —, die ihre Steuer zu niedrig angaben. Provision gibt es für die Steuerbeamten nicht. Solange der Finanzminister gleichzeitig Präsident des Landesfinanzamtes war, konnten zahlreiche Beschlüsse über die Reichsfinanzien hier vorgebracht werden. Nun ist es anders. Die Beschlüsse können jetzt wesentlich länger gestaltet werden. Ich habe nämlich folgende Erklärung abgegeben:

Am 1. August der badiischen Staatsregierung habe ich am letzten Montag dem Reichspräsidenten mein Amt als Chef des Landesfinanzamtes zur Verfügung gestellt. (Hört, hört!) Nun können die Herren beruhigt sein, die sich darüber aufhielten. (Unruhe rechts.) Die badiische Regierung hielt sich zu diesem Vorgehen verpflichtet, nachdem vom Reichstag die Bezüge bei einer Personalunion von Finanzministerium und Reichsfinanzamt des Landesfinanzamtes für den Präsidenten des Finanzamtes nur bis 1. Oktober in den Etat eingestellt waren. Auf eine badiische Beschlusse vom 19. Mai gab uns der Reichsfinanzminister keinen Bescheid. (Zwischenruf: Der Reichsfinanzminister ist doch ein Zenturionsmann.) Bei dieser Sachlage schien es der badiischen Regierung angezeigt, das Amt sofort der Reichsregierung zur Verfügung zu stellen. Wir wurden gebeten, es noch einige Wochen zu verwalten. Die badiische Regierung blieb jedoch bei ihrem Bescheid. Das Reich muß die Interessen der Länder pflichtgemäß behaupten.

Herr Abg. Weller (Bd. V.) weist auf die Unmöglichkeit einer Erfüllung der Reparationen hin und polemisiert gegen die Erziehung der Steuerpolitik.

Herr Frau Werner (Bd. V.) begründet ihren Antrag auf Umkehrsteuerbefreiung lediger Personen mit dem Existenzminimum als Einkommen.

Am 1 Uhr verläßt sich das Haus auf nachmittags 3/4 Uhr.

**Nachmittags-Sitzung.**

Nach kurzen Ausführungen der Abg. Dr. Reuter (Bd. V.), Abg. Wöhringer (Bd. V.), der auf das gerade 100jährige Bestehen der Saline in Dürckheim hinweist und Abg. Herle (Land.) wird die allgemeine Debatte geschlossen. Es folgen die Schlussworte der Interpellanten.

Herr Strobel (Bd. V.) betont nochmals, daß die Mißstimmung Mannheims derbästigt ist, bedauert den Ton, der gegenüber Mannheim angeschlagen wurde, kritisiert das Verhalten des Ministerialrats Dr. Kirch im Landtag, bekennt die Unbilligkeit in der Schloßmadelaffäre seitens der Reichsministerialen in Mannheim und weist die Art, wie die Schloßmadel von Mannheim weggenommen, zurück.

Finanzministerialrat Reuter erklärt, daß Oberbürgermeister Reuter den fraglichen Besprechungen nicht selbst beizuhören, so daß sein gutes Gedächtnis hierbei keine Rolle spielen kann. — Herr Eberhart (Bd. V.) erklärt, daß das Interesse Mannheims an der Schloßmadelfrage nicht so groß sei. — Herr Strobel (Bd. V.) tritt nochmals für eine unparteiische Prüfung der Schloßfrage ein. — Herr Dr. Schmitt (Bd. V.) weist nochmals darauf hin, daß sich das Wort agitatorisch-patologisch auf das Deckungsblatt bezog.

**Spezialberatung des Finanzministeriums.**

Herr Dr. Schöfer (Bd. V.): Die Zentrumsfraktion bedauert außerordentlich die nunmehr erfolgte Trennung des Reichsfinanzamtes vom Reichsamt des Reichspräsidenten des Landesfinanzamtes.

Herr Dr. Glöckner (Bd. V.): Die Verbindung beider Ämter hätte Vorteile. Die nunmehr erfolgte Trennung beider Ämter bringt dafür jedoch Nachteile. Die Art, wie die Trennung erfolgte, ist unerfreulich. Ich glaube, daß die Länder in eine bessere Stellung gegenüber den Reichsbehörden in ihrem Land gesetzt werden müssen. Ich hoffe, daß die diesbezügliche Denkschrift noch in diesem Sommer zur Behandlung kommt.

Herr Dr. Marum (Bd. V.): Wir hielten die Personalunion für einen Vorteil. Sowohl für Baden wie fürs Reich. Wir bedauern die Aufhebung. Vor allem die Frage der Personalunion nicht zu tun. Wir hielten die Personalunion nur für einen Nebengang.

Herr Dr. Mayer-Karlische (D. Nl.) hält die Aufhebung der Personalunion nicht für unerfreulich, bedauert jedoch die Art der Aufhebung.

Herr Weber (Bd. V.) ist von der Art der Aufhebung der Personalunion betroffen. Wir müssen einen gewissen Einfluß auf die Reichsbehörden in Baden haben.

**Zur Frage der Steuerauslässe**

erklärt Herr Dr. Wirth (Bd. V.) daß deshalb gegen die Steuerauslässe von einzelnen Landwirten vorgegangen wird, weil es diesen unangenehm ist, daß andere Kreise Einfluß in ihre Verhältnisse bekommen. Als Beispiel einer ländlichen Gemeinde sei darauf hingewiesen, daß in einer solchen mit 200 Betrieben Landwirte, Beamte und Arbeiter zusammen 337 000 M., also 3/4 Proz. Landwirtschaft und Gewerbe werden also geschont. Eine entsprechende Entschädigung der Mitglieder der Steuerauslässe ist nötig.

Herr Dr. Weller (Bd. V.) erklärt, daß er auf Grund seiner Erfahrungen feststellen kann, daß die Mitglieder der Steuerauslässe über die Gesetze nicht orientiert waren.

Herr Dr. Großhans (Bd. V.) tritt für angemessene Entschädigung der Beamtenwärter ein.

**Domänen und Forsten.**

Herr Dr. Daffner (Bd. V.) weist auf das Sachergebnis aus den Waldverträgen hin und macht Bedenken gegen den Reichsforstverwaltungsvertrag geltend. Der Kettenholzhandel wirkt verheerend. Eine entsprechende Aufforderung tut not.

Herr Dr. Strobel (Bd. V.): Die Wohnungsnot in Mannheim hat Schwierigkeiten in der Erlangung von Gelände. Sie liegt deshalb wegen Erlangung von Gelände in der Mühsal ist, mit der Domänenverwaltung in Verhandlung. Das bauliche Gelände sollte im Interesse der Erparnis zur Verfügung gestellt werden. Da bestehen nun Differenzen zwischen Stadt und Finanzministerium. Ich bin der Meinung, daß es für den badiischen Staat gleichgültig ist, ob der Staat oder die Stadt Weiger des Geländes ist. Man sollte der großstädtlichen Entwicklung keine Hürde entgegen setzen. Ich unterbreite deshalb den Wunsch der Stadt Mannheim bezüglich Abgabe von Gelände zu ihrer weiteren Entwicklung. Weiter möchte ich die Domänenverwaltung bitten, sich die pflegliche Behandlung des Schloßgartens in Mannheim aneignen sein zu lassen.

Herr Dr. Weller (Bd. V.) äußert lokale Wünsche.

Herr Dr. Weller (Bd. V.) äußert lokale Wünsche. Es muß mit der Methode im Landtag getrieben werden, daß man vom Finanzminister die Wahrung des Staatsinteresses verlangt, andererseits jedoch dem Staatsinteresse fortwährend Privatinteressen gegenüberstellt. Wir verlangen die Verwirklichung des Allgemeininteresses. Der Staat darf nicht durch billige Abgabe von Gegenständen einzelnen Interessengruppen ein Gefecht machen. Bei den Heugraeberzeugungen ist der Handel auszufallen. Dazu kann man bei der Zulassung der Erzeuger den Bedarf in Berücksichtigung ziehen. Weiter können die Domänen nicht gehen. Sie können nicht den hohen Preis nehmen, weil es sich hierbei um Staatsgut handelt. Die Holzfrage ist für uns eine Arbeiterfrage und auch eine Unterarbeitsfrage. Man könnte einige Schieberhöfe räumen und Holzarbeiter hineinschieben, um für diese Unterarbeits zu schaffen. Die Brennholzfrage läßt sich ohne Bewirtschaftung nicht lösen. Der Landtag ist jedoch schuldig daran, daß wir zur freien Wirtschaft und damit zu den hohen Preisen können. Dabei ließe sich gerade das Brennholz spielen betriebsförmlich. Dies zeigte die systematische Bewirtschaftung im letzten Jahre. Auch heute noch wäre solche Bewirtschaftung möglich. Aber nicht helfen will man als möglichen Privatinteressen berücksichtigen. In der Praxis kann man jedoch nicht gleichzeitig dienen. Die Holzfrage muß nach in diesem Sommer auf Grund der neuen Gemeindeförderung geregelt werden.

Finanzministerialrat Reuter berichtet, daß das Finanzministerium die gegebenen Anregungen prüfen werde. Bereits 1920 verordneten wir, daß der Reichsbedarf bei den Heugraeberzeugungen zuerst berücksichtigt wird. Bei der Holzfrage für die Weiden wurden 2 M pro Kopf der Bevölkerung eingestellt, wofür der Reichsbedarf aufzulommen hat. Dazu kommen weitere Maßnahmen bezüglich Ausfuhr usw. Nicht vertretbar halten wir, daß es in das Ermessen der einzelnen Länder gestellt wird, ob und wieviel der Betrag vom Reichsbedarf erhoben wird. Für Baden macht der Betrag 4 Millionen aus. Heute wird die Vorlage im Reichstag behandelt. Etwas mehr für die Presse geschehen, wenn zwar auch hier die Selbsthilfe im Vordergrund stehen muß. Der Entwurf eines Reichsforstgesetzes wurde von den süddeutschen Regierungen zurückgewiesen.

5. Sitzung: Freitag früh 9 Uhr. Tagesordnung: Finanzministerium. — Schluß der Sitzung 6.45 Uhr.

**Gewerkschaftliches**

**Lohnunterschiede in der Tabakindustrie**

Die Wahrung, die schon längere Zeit unter den Arbeitern und Arbeiterinnen in der Tabakindustrie vorhanden war, ist nun zum vollen Ausdruck gekommen; Tausende und Abertausende sind im Laufe dieser Woche in den Streik getreten. Die Lohnunterschiede dieser Arbeiterkategorie sind außerordentlich traurig. Ein Zigarettenmacher, der wöchentlich bei 45tägiger Arbeitszeit 3000 Stück Zigaretten herstellt, erhält dafür einen Wochenlohn von 414 M.; die Kranke- und Ausfallentlohnung und die Steuer abgezogen, so kommt ein solcher Arbeiter auf einen Stundenlohn von 380 M. Um nun das Einkommen der Tabakarbeiter einzunehmen aufzubehalten, reichen die drei Tabakarbeiter-Verbände am 15. Mai eine Forderung ein, den jetzt bestehenden Lohn um 30 Prozent zu erhöhen. Am 17. Juni 1922 nehmen die Zigarettenfabrikanten zu dieser Forderung erst Stellung. In diesen vier Wochen erleben wir eine weitere Steigerung aller Lebens- und Bedarfsartikelpreise. Auf Grund dieser Löhnerhöhung der Arbeiterverbände ihre Forderung am Verhandlungstisch auf 60 Prozent. Anstatt daß das Arbeitsverhältnis dieser ungeliebten Teuerung Rechnung trug, boten diese den Unternehmern der Arbeiter als äußeres Entgelt 25 Prozent an. Dieses Angebot wurde, wie nicht anders zu erwarten war, von den Arbeitgebervertretern abgelehnt, und galten die Verhandlungen als gescheitert. Nachdem die Arbeitererschaft von diesem Ergebnis unzufrieden war, legten diese spontan in den Hauptorten die Arbeit nieder, um dem Arbeitgebertum zu zeigen, daß sie nicht gewillt sind, langsam den Hungerperiod zu erwidern. Auch in Oerzhausen, wo sowieso immer die niedrigsten Löhne gezahlt wurden, haben sich die organisierten Tabakarbeiter mit den in anderen Bezirken löstigen erklärt, und es befinden sich bis heute allein 4000 vom Deutschen Tabakarbeiterverband im Streik, und jede Stunde kommen Hunderte hinzu. Der Gewerkschaften der Oberbadiischen Tabakarbeitererschaft ist endlich gebrochen. Offenlich sehen die Arbeitgeber endlich ein, daß mit den feierlichen Hungerstreik gebrochen werden muß, und daß auch die Tabakarbeiter das Recht zu leben haben.

**Jugend und Sport**

**Mannschaftsaufstellung.** Die Mannschaft der Gruppe 3, Klasse A, spielt am Sonntag, 25. Juni, in folgender Aufstellung: Schreiber-Gegenstein (Tor); Jerrer und A. Martin-Weierheim (Verteidiger); A. Maggander-Gegenstein, Eracoll und Rad-Epö (Mittelfeld); Franz-Weierheim, Sidingen-Epö, Holz-Gegenstein, Herle und Wöhringer-Weierheim (Stürmer). Den Sport stellt Gegenstein. Schwärze Hofe ist mitzubringen. Die Spieler treffen sich 1/2 Uhr in Rue. Der Gruppenleiter: J. B. Andreas Bauer.

**Deutscher Reichstag**

Berlin, 22. Juni.

Beginn 2 Uhr nachmittags. Vor Eintritt in die Tagesordnung wird ein Dringlichkeitsantrag der Unabhängigen auf Einleitung einer allgemeinen Finanzreform nach bestimmten Leitlinien einer Kommission überwiesen.

**Besprechung der ästern begründeten großen politischen Interpellation.**

**Abg. Stämpfer (Bd. V.)**

erklärt, daß seine Partei bemüht sei, im Verein mit den ausländischen Bänderpartien das schamlos gebaute Reich am Rhein und an der Saar wieder herzustellen. Die Sozialdemokratie solligt deshalb die Erklärung der Reichsregierung. Die Gefahr einer Restrennung der Rheinlande ist wohl allgemein nicht groß. Bedenklich ist aber das Auftreten gewisser rheinischer Landwirte, welche in ihrem Kampf gegen die Getreideimporte sogar Verbindung mit der internationalen Kommission suchen. Saurer, die in der Wahrung ihrer berufsgewöhnlichen Interessen der Landesverrat nicht zurückstehen, gibt es in jedem Lande. Das beweist ein Schreiben des Großgrundbesizers von Oldenburg vom 12. April 1918 an den damaligen Innenminister Kosell, indem er erklärte, daß er trotz der Hungerplöde wegen der vielen unangenehmen Verordnungen 300 Morgen Getreide nicht bestellen wolle; und dieser selbe Oldenburg läßt heute mit dem Okeren Kreuz 1. Klasse herum. Als Herr Hefferich bei seinem Antrag gegen das Londoner Abkommen gefragt wurde, was dazu nach der Ablehnung geschehen solle, sprach er die historischen Worte: Das wird sich dann eben entwickeln. Er hat also gar keinen Plan und will uns in die Zukunft hinein torpeden lassen, wie wir in den Krieg hineingekloppt sind. Wir begrüßen das Wiesbadener Abkommen, weil wir darin den ersten Schritt zur Lösung des französisch-deutschen Problems sehen. Der Deutsche Reichstag spricht dem völkerverfehligen Vorgehens noch immer von „Reinden“. Demnach müßten also diejenigen Landesverräter sein, die vom Feinde Geld nehmen, wie der ehemalige Kaiser, der ehemalige Kronprinz und Ludendorff. Rüg uns sind nur die Kriegshetze in allen Ländern die Feinde und wenn es zu der großen Auseinandersetzung mit diesen Hebern der Reaktion kommt, werden die Willionen des Volkes es folgen.

Herr Dr. Reichert (Bd. V.) bedauert, daß der deutsch-nationale Redner Dr. Reichert der Menschheit Würde so wenig gewahrt hat. Auch seine Partei hält die Sachlieferungsabkommen keineswegs für ideal, sieht in ihnen aber doch einen Fortschritt gegenüber dem Zustand nach dem Londoner Ultimatum. Ueberhaupt sehen wir mit London zweifellos eine gerade Linie des Fortschritts für uns. Auch der Spruch der Anleihekommission ist ein Vorteil für uns; ein Verzicht gegen die französische militärische Politik. Der Redner begründet, daß Dr. Reichert mit seiner Rede eine für die Anleihe günstige Stimmung geschaffen hat. Redner polemisiert sodann gegen die Ausführungen Dr. Reicherts und tritt der Illusion entgegen, als ob die Reichsregierung allein die Forderungen der Entente erfüllen könnten. Ein Verstoßen des Kapitals führt zur Stilllegung der Produktion und macht damit die Erfüllungspolitik unmöglich. Ohne Erhöhung der Arbeitszeit im Ruhrgebiet geht die Produktion an der Kohlenarmut zugrunde. Damit werden auch die Anleiheausgaben sehr stark vermindert. An der letzten großen Feuerungsstelle ist die unentgeltliche Tarifpolitik schuld. Darum muß eine gründliche Verwaltungsreform einleiten. Der Völkerverrat darf sich nicht länger zum Mittel für das furchtbare Unrecht machen, das unserm deutschen Volk im Saargebiet angetan wird.

Herr Emminger (Bd. V., R.P.) betont die Einigkeit des ganzen deutschen Volkes mit der Regierung in der Beurteilung des Unrechtes, das man im Rheinlande und im Saargebiet dem deutschen Volke und der deutschen Wirtschaft angetan hat. Bei dem Sachlieferungsabkommen sollte die Regierung darauf achten, daß auch die süddeutsche Wirtschaft dabei zu ihrem Recht kommt. Wie lange geduldet der Reichsfinanzminister nach dem Versuch der Erfüllung fortzusehen angeht, der immer fortwährenden Markentwertung? Will er von Devisenleistungen absehen und sich nur auf Sachlieferungen beschränken? Hat er überhaupt einen Plan oder will die Regierung einfach so fortwurseln? Damit würde das deutsche Volk ähnlichen Erschöpfungsbetrieben ausgesetzt, wie wir sie jetzt bei dem unglücklichen Oesterreich begimmen sehen. Die Parteien der Erfüllungspolitik werden bald ausgehen müssen, wenn der Beweis für die Unmöglichkeit der Erfüllung der Ententeleistungen durch die an dem zuckenden Körper des deutschen Volkes vorgenommenen Vivisektionen vollbracht sei.

Herr ten Hoppel (Bd. V.) stimmt dem Sachlieferungsabkommen zu, betont aber, daß damit das Reparationsproblem noch nicht gelöst sei. Auch die äußere Anleihe könne nicht die Lösung bringen, sondern nur die Mehrarbeit des deutschen Volkes. In der Innenpolitik stehen wir vor bedeutungsvollen und schweren Problemen, wie die Frage der Volksernährung. Wir müssen dabei eine mittlere Linie zu finden suchen, welche den Interessen der Erzeuger ebenso wie denen der Konsumenten gerecht wird. Darum müssen wir in dieser schweren Zeit das Einigende vorantreiben. (Beifall.)

Herr Reichsheim (U. S. P.): Seit dem die Franzosen mehr mit der Peitsche als mit Zuderbrot die Besetzung im Rheinlande ausüben, sind die Sympathien für Frankreich dort auf den Nullpunkt gesunken. Weder mit Gewalt, noch durch Volksabstimmung kann heute das Rheinland von Deutschland losgerissen werden. Viel schlimmer steht es noch an der Saar. Wir erheben schärfsten Einspruch gegen die dortige Verwaltungsverwaltung. Dort feiert der französische Industrielapitalismus seine schlimmsten Triumphe. Redner verlangt, daß Deutschland deutsch-Oesterreich gegenüber wenigstens wirtschaftlich alles tut, um dieses heroisch kämpfende Volk zu unterstützen und stimmt dem Sachlieferungsabkommen im Interesse einer Verständigung zu. Er bedauert aber, daß die in der Interpellation seiner Partei gestellten Fragen nur sehr unvollkommen beantwortet wurden. Wir bekommen die internationale Anleihe zunächst nicht, aber die Vegründung der Abgabe ist beinahe wertvoller als eine Zulage. Denn die finanziellen Vertreter der ganzen Welt haben die Notwendigkeit eines Abbaues der Reparationslasten betont, ebenso aber auch die Notwendigkeit einer Stabilisierung der deutschen Finanzen aus eigener Kraft des deutschen Volkes. Von dem Bescheid der Regierung über ihre Pläne in diesem Sinne hängt die Stellung meiner Partei zur Regierung ab. Redner schließt seine Ausführungen mit folgenden Angriffen auf den Ministerialrat, der Regimentsführer monarchischen Charakters dabei und Gegen der Republik wie Völkerverrat zu Schiffskommandanten machte. Er nennt ihn die schlimmste Gefahr für die Republik.

Herr Daus (D. P.) protestiert gegen die Behandlung des Reichstages beim Wiesbadener Abkommen. „Dieses wäre durch die Umwandlung der Sachlieferungen in Sachlieferungsabkommen aufgehoben worden. Das sei aber nicht der Fall.“ Es würde ja doch über uns als die Schwachen rücksichtslos hinweggegangen werden. Das beweise das Rheinland und das Saargebiet. Mit der Erfassung der Sachwerte würden nur die Klassen gegeneinander gehetzt, Arbeitgeber und Arbeitnehmer gehöhrt aber zusammen. Des einen Verderb ist auch der des anderen. Im Rahmen des Unmöglichen führt das Abkommen nicht vorwärts, sondern ver-



# 11. Deutscher Gewerkschaftskongress

SPD. Leipzig, 21. Juni 1922.  
Dritter Verhandlungstag.  
Vormittags-Sitzung.

Leipziger erklärt das Schlußwort zum Geschäftsbericht und sagt, daß er mit dem Verlauf und mit dem Ergebnis der Debatte wenig zufrieden ist. Dem Gen. Brey spricht er den Dank der Bundesleitung und der Mehrheit des Kongresses für seine Tätigkeit aus. Die Kommunisten — so fährt Leipziger fort — haben hier geredet, wie sie immer mit uns diskutierten. Sie verschwiegen die Tatsachen oder drehten sie ins Gegenteil um. Die unvernünftige Agitationspolitik der Kommunisten hat große Arbeitermassen abgedrängt in das Lager unserer Gegner oder der Indifferenten. Sie haben z. B. unser Berliner Gewerkschaftshaus gestürmt und beschädigt. (Lebhafte Zurufe: Leipziger Bauarbeiterkongress!) Nicht die Politik des ADGB, sondern die falsche Gewerkschaftspolitik der Kommunisten hat das Unternehmertum und die Reaktion gestärkt. (Sehr richtig!) Der Meierent nimmt dann zu den Angriffen auf die „Betriebsrats-Zeitung“ Stellung und sagt, daß er nicht mit allem einverstanden war, was dort geschrieben wurde. Dr. Striemer hat aber dennoch dankenswerte Arbeit geleistet. Jetzt ist ein Redaktionskollegium eingesetzt worden.

**Leipziger bedauert die Rede Dismanns**  
und zwar deshalb, weil sie von einem Mitglied des Bundesauschusses gehalten wurde. (Lebhafte sehr richtig!) — Zurufe: Bäh! Ich bin in den Vorhand, dann ist er still! — Große Heiterkeit.) Seine Rede war eine schlechte Rede und hat auf den Kongress keinen Eindruck gemacht. (Ironische Zurufe: O, doch!) Die Kritik Dismanns war unehrlich. Er hat unsern Kampf um die 10 Punkte kritisiert und in dieser Kritik wichtige Beratungen totgeschwiegen. (Lebhafte sehr richtig!) — Widerspruch Dismanns, in denen er nicht den Mut aufbrachte, den Generalsprek für die Durchführung der 10 Punkte zu fordern.

Zum Achthundertsten bemerkt Leipziger, daß in einer Regierung, die sich der Verantwortung der Arbeiter nicht annimmt, für Arbeitervertreter kein Platz ist. (Lebhafte Beifall.) Dismanns Kritik an der Arbeitsgemeinschaft beim Hinweis auf die Lobrede Stinnes richtet sich gar nicht gegen die Arbeitsgemeinschaft, sondern gegen uns. Er sagt, wir müssen bei unserer Politik immer Rücksicht nehmen auf unsere politischen Bundesgenossen. Nun sitzt aber im Bundesvorstand kein Parteiführer. Dismann aber ist Parteiführer und sitzt im Reichstag. Er muß demzufolge unangenehm bei seiner Gewerkschaftspolitik Rücksicht nehmen auf seine Partei. Dasselbe gilt von seiner getragenen Rede. Die Kritik wurde nicht von gewerkschaftlichen, sondern von politischen Gesichtspunkt aus geführt. (Stürmische Zustimmung.)

Im Interesse der gewerkschaftlichen Bewegung wünscht Leipziger zum Schluß, daß die altbewährten Mittel der Gewerkschaft beibehalten und auf dem zum Ziele führenden Weg fortgeschritten werde. (Lebhafte Beifall.)

In der Abstimmung über die zum Geschäftsbericht vorliegenden Anträge wird nach lebhafter Debatte folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Der 11. Deutsche Gewerkschaftskongress macht sich die von den Vorständen des ADGB und der Afa im November 1921 aufgestellten

### zehn Forderungen

zu eigen. Indem der Kongress mit Entschiedenheit konstatiert, daß diese Forderungen bei dem zwischen den Koalitionsparteien unter Einfluß der Deutschen Volkspartei abgeschlossenen Steuerkompromisses keinerlei Berücksichtigung gefunden haben, betont er, daß die aufgestellten 10 Punkte ein realisierbares und keineswegs nur theoretisches Programm darstellen. Eine grundlegende Steuerreform bildet aber die Voraussetzung dafür, daß die Lage der arbeitenden Klasse endlich zu einer einigermaßen gesicherten werden kann. Der Kongress beschließt daher, den Bundesvorstand zu beauftragen, die Macht der Gewerkschaften in jeder nur möglichen und geeigneten Weise unter Zuhilfenahme aller gewerkschaftlichen Kampfmittel dafür einzusetzen, daß die von ihm selbst aufgestellten Forderungen insbesondere die Ersetzung der Sachverhalte praktisch durchgeführt werden.

Für die Redaktionskommission berichtet Sprenger (Schneiderverband). Er empfiehlt u. a. die Ablehnung der kommunistischen Entschließungen, der Vertrauensanträge gegen Bundesvorstand und Redaktion der „Betriebsratszeitung“, sowie die Annahme eines Vertrauensbrotens für den Bundesvorstand.

Als Dismann (Metallarbeiter) wieder das Wort zu einer Erklärung gegen die Abstimmung über einen nicht zur Debatte gestandenen Antrag erhält, wird er vom Kongress mit stürmischen Entrüstungsrufen gegen seine fortgesetzten Wortmeldungen empfangen. Angenommen wird dann die Entschließung zur Wohnungsfrage und folgende

### Entschließung zur Frage der Brotversorgung:

Der Kongress nimmt Kenntnis von dem kritischen Stand der parlamentarischen Behandlung des Gesetzesentwurfs über die Regelung des Verkehrs mit Getreide. Angesichts der Gefahr, daß die bürgerliche Mehrheit des Reichstags dem Drängen nach freier Wirtschaft folgt, unterstützt der Kongress in letzter Stunde nochmals einmütig alle Forderungen des ADGB, die in der Frage der Brotversorgung dem Reichstag, der Reichsregierung und den Regierungen der Länder rechtzeitig unterbreitet wurden. Der Kongress fordert, daß der Reichstag dem Gesetz eine Fassung gibt, durch die die Brotversorgung der versorgungsberechtigten Bevölkerung in ausreichendem Maße zu gewährleisten ist. Freie bei Deckung der Produktionskosten, aber unter wüthender Ausschaltung von Konjunktur- und Salztagegewinnen sichergestellt wird.

Indem der Kongress nochmals auf die Folgen der von gewissen Kreisen der Landwirtschaft geforderten freien Wirtschaft in der Brotversorgung hinweist, erklärt er, daß er für die mit Sicherheit eintretenden katastrophalen Zustände jede Verantwortung ablehnt.

Angenommen wird ebenfalls folgende

### Entschließung gegen die Feuerung:

Der Kongress nimmt mit Genugtuung Kenntnis von den ausgedehnten Bemühungen des Bundesvorstandes zur Bekämpfung des Lebensmittelmangels und der sonstigen über jedes berechnete Maß hinausgehenden Preissteigerungen. Er bedauert lebhaft und spricht seine Entrüstung darüber aus, daß diese Bemühungen durch Ablehnung der Vorschläge der Gewerkschaften in den meisten Fällen ohne Erfolg geblieben sind.

Die sprunghaft fortschreitende Verteuerung der Lebenshaltung zwingt die Gewerkschaften, in immer kürzeren Zwischenräumen Lohnverhandlungen zu fordern, die zumeist in heftigen Kämpfen mit den Internehmern und gegen den Widerstand der Kreise durchgesetzt werden müssen, die durch ihre maßlose Gewinnsucht die heutigen Zustände verschulden. Die Ausweitung der breiten Massen des Volkes nimmt hinsichtlich der Lebenshaltung an. Die Folge ist eine ständig zunehmende Verelendung. Es ist also eine für die Volksgesundheit geradezu bedrohliche Senkung der Massenlebenshaltung eingetreten, die unweigerlich auch zu einer allgemeinen Herabdrückung der produktiven Leistungsfähigkeit führen muß.

Wenn die gesamte Arbeitnehmerschaft nicht unter der doppelten Last der Feuerung und einer ungeheuren Bürde an Steuern und Abgaben zugrunde gerichtet werden, oder aber die Gefahr der Selbsthilfe in bedrohlicher Weise heraufbeschworen werden soll, dann ist es dringend geboten, daß die Reichsregierung

radikal wirksame Maßnahmen gegen die Feuerung und ihre Ursache ergreift.

Weiter wird angenommen ein Antrag der Kommunisten, die sofortige Freilassung aller der Arbeiterklasse angehörenden Gefangenen und eine umfassende Amnestie für alle politischen und damit zusammenhängenden Verbrechen und Vergehen.

Sodann wird gegen den Protest der Kommunisten eine Resolution angenommen, in der gegen die in Moskau getriebene Sowjetpolitik gegen die Sozialrevolutionäre flammernde Protest erhoben wird. Der Kongress erwartet, daß die Sowjetregierung sofort eingreift, um dem in Berlin gegebenen Versprechen Erfüllung zu verschaffen. Weiter appellierte der Kongress an das gesamte russische Proletariat, mit allen Mitteln dafür zu wirken, daß für unsere angegriffenen Arbeitsgenossen in Rußland volle Freisprechung erfolgt.

Anschließend spricht der Kongress mit Dreiviertelmehrheit dem Bundesvorstand das Vertrauen aus.

Angenommen wurde ferner eine Entschließung, die den Beschlüssen von Rom über die Bekämpfung des Militarismus und des Krieges zustimmt. Der Einberufung eines Volkstreibendekongresses der Arbeiterchaft stimmt die Entschließung zu und fordert die Gewerkschaften auf, sich daran zu beteiligen.

Die von der Jugendkonferenz dem Gewerkschaftskongress überreichte Entschließung der Jugend- und Befreiungsfrage wird angenommen.

Beschlossen wird ferner, von der Regierung eine Erhöhung der Verbotsfrist, eine Veranlassung des schmerzhaften Einkommens von 50 000 auf 100 000 M. und eine Erhöhung der steuerfreien Einkommen zu verlangen.

Der 1. Mai soll als gesetzlicher Feiertag gefordert werden. Alsdann erstattet Röpel (Betriebsrätezentrale) sein Referat über

### „Betriebsräte und Gewerkschaften“

Seinen Ausführungen, denen der Kongress mit lebhaftem Interesse folgt, liegt folgende Entschließung zugrunde:

Die Gewerkschaften sind stets für die Aufrechterhaltung des Arbeitsrechts und die Mitbestimmung in der Betriebsführung eingetreten. Die Vertretung dieser Forderungen war und ist allerdings abhängig von dem Stärkeverhältnis der gewerkschaftlichen Organisationen. Ihre Bewirkung bleibt auch weiterhin eine Hauptaufgabe der Gewerkschaften.

Durch das inzwischen eingeführte Betriebsrätegesetz, das Bilanzgesetz und das Aufsichtsratsgesetz sind jetzt von den Arbeitnehmern freigewählte Vertretungen zustande gekommen, die gesetzliche Befugnisse innerhalb der Betriebe ausüben können. Die Alleinherren der Unternehmen in ihren Betrieben ist damit im Prinzip durchbrochen.

Die Betriebsräte müssen nunmehr die gesetzlichen Rechte der Arbeitnehmer im Betriebe wahrnehmen deren Sicherung und Ausbau den Gewerkschaften obliegt. Die Betriebsräte müssen die tariflichen Forderungen in den Betrieben überwachen deren Erfüllung und Vervollständigung Aufgabe der Gewerkschaften ist.

Die Gewerkschaften als die Grundlage der Arbeiterbewegung überhaupt zählen zu ihren Organen auch die gewählten Betriebsräte mit ihren gesetzlichen Aufgaben. Die Betriebsräte können daher nicht als falsche die Forderungen und Ziele der Arbeitnehmer zur Durchführung bringen. Dadurch ist die Stellung der Betriebsräte innerhalb der Arbeiterbewegung gegeben. In den Gewerkschaften ist der Einfluß der Betriebsräte in dem Maße gesichert in welchem sich die Betriebsräte als Gewerkschaftsfunktionäre betätigen.

Die gesetzliche Regelung der Rechte der Arbeitnehmer ist unvollkommen und garantiert nicht die Durchführung unserer Forderungen. Die Gewerkschaften erstreben den Ausbau des Rechtes der Arbeit durch Tarifverträge und Gesetze. In dem Maße, wie dies gelingt, wird sich auch das Aufgabengebiet der Betriebsräte erweitern.

Die bisherige Erweiterung des gesetzlichen Aufgabengebietes der Arbeitnehmer hat den Gewerkschaften die unmittelbare Pflicht auferlegt, für ihre Mitglieder die erregenden Rechte selbst auszusuchen. Das gesamte Arbeitsrecht, die Wirtschaftsführung, das Handelsrecht werden auf der Arbeitgebersseite von Spezialisten bearbeitet. Die Tätigkeit der Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte erstreckt sich jedoch auf alle diese Gebiete. Sie zu beherrschen erfordert große Wissenschaft, umfassende Erfahrungen und gründliches Wissen.

Die Gewerkschaften schaffen diese Grundlage durch ihre Presse, durch Versammlungen, durch Aufklärungschriften, durch Kurse und durch Entsendung von Mitgliedern in Lehranstalten zur Ausbildung in allen Fragen des Arbeitsrechts und der Betriebsführung. Ebenso werden von den Gewerkschaften alle

Streiffragen der Betriebsrätegesetzgebung sachkundig bearbeitet. Alle diese Maßnahmen sind noch ausbaufähig.

Gestützt auf diese Maßnahmen und Einrichtungen der Gewerkschaften müssen die Betriebsräte selbst an ihrer Ausbildung mit eigener Energie arbeiten. Sie müssen ihre Betriebsräte auffähren und als Gewerkschaftsfunktionäre dafür einreten, daß alle Arbeitnehmer ihre Klassenlage erkennen und Mitglieder der Gewerkschaften werden. Nur durch kampffähige Gewerkschaften können die gesetzlichen Rechte der Arbeitnehmer restlos durchgeführt und erhalten sowie erweitert werden.

Der erste Kongress der Gewerkschaften Deutschlands fordert daher alle Betriebsräte auf mit aller Kraft als gesetzliche und gewerkschaftliche Vertrauensleute der Arbeiter für die Durchführung der Forderungen und Ziele der Gewerkschaften einzutreten.

Dann teilt der Kongress in die Mittagspause ein.

### Nachmittags-Sitzung

Vor Eintritt in die Debatte über das Referat Röpels empfiehlt die Redaktionskommission die einstimmige Annahme der Resolution des Referenten und eine dazu vorliegende Ergänzung der Entschließung Brey (Fabrikarbeiter).

Alexer (Fabrikarbeiter) begründet die Entschließung Brey und stellt fest, daß die nach parteipolitischen Grundrissen gewählten Betriebsräte ihre Aufgabe nicht erfüllen können und fordert zur Abstellung dieses Mibstandes für die Neuwahl der Betriebsräte eine planmäßige Vorbereitung der Wahlen. Die Kandidatenlisten sollen durch die Gewerkschaften aufgestellt und bei der Zusammenberufung der Betriebsräte sollen die männlichen und weiblichen Arbeitnehmer berücksichtigt werden. Ist in einem Betriebe eine gewerkschaftliche Vorzugsliste aufgestellt so dürfen Mitglieder einer Gewerkschaft des ADGB, sich nicht als Gegenkandidaten aufstellen lassen.

Schmitz (Eisenbahner) wendet sich gegen die Resolutionen Körpels und Brey und begründet seine eigene die vom ADGB fordert, daß er für den Ausbau des Mitbestimmungsrechts und die Befreiung aller Sondergesetze für die Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten eintritt. Ferner fordert er die Uebernahme der Kosten der Schulung der Betriebsräte durch das Reich.

Müller (Transportarbeiterverband) ersucht die Angeordneten, sich mit den Betriebsräten der Arbeiter wieder an einen Tisch zu setzen und sie mit ihrer besseren Schulbildung zu unterstützen.

In der weiteren Diskussion treten die meisten Redner für die Resolutionen Körpels und Brey ein. Nur die Kommunisten lehnen alles ab. Ein Schlußantrag macht der Debatte ein Ende. In seinem Schlußwort stellt Körpel einige Rückverhältnisse, die sich aus seinem Referat ergaben, richtig und weiß nach, daß tatsächlich in vielen Fällen den Internehmern zu Unrecht vorgeworfen wird, daß sie das Betriebsrätegesetz sabotieren. Man könne nicht von Sabotage reden, wenn die Internehmer ihre Rechte besser kennen als die Arbeiter und sie auch besser ausüben.

In der Abstimmung wurden die Resolutionen Körpels, Brey und Schmitz angenommen, ferner wurden zwei Anträge angenommen, von denen der eine den Betriebsräten das Recht abspricht, mit den Internehmern über Lohnverhandlungen usw. zu beraten, während der andere wirtschaftliche Schulung für die Betriebsräte fordert. Angenommen wird dann auch noch eine Resolution der Landarbeiter, die sich gegen die Benachteiligung der Landarbeiter gegenüber den Industriearbeitern in der Frage der Wahl der Betriebsräte wendet.

Dann verlegt sich der Kongress auf Donnerstag vormittag.

## Kleine badische Chronik

\* Auerbach, 21. Juni. Heute nachmittag brannte das neue Bauernvereinslagerhaus am Bahnhof nieder. Große Getreidevorräte sind verloren. Ein benachbarter Schuppen konnte teilweise gerettet werden. Die Entstehungsursache ist unbekannt. Der Schaden ist bedeutend. Die Feuerwehre hatte schwere Arbeit.

\* Billingen, 22. Juni. Trahtenschau. Am vergangenen Sonntag fand hier eine Delegiertenkonferenz für die Erhaltung der Trahten statt, auf der der Baar, der badische und der württembergische Schwarzwaldbereiter waren. Es wurde u. a. beschlossen, eine Gruppe Hernaltrachten in Stärke von zehn Paaren und zwar von der Baar, dem Schwarzwald mit Guldatal und vom angrenzenden württembergischen Schwarzwald zur Teilnahme an der großen deutschen Trahtenschau anlässlich der deutschen landwirtschaftlichen Wanderausstellung in Nürnberg zu entsenden. Im Juli oder August komme die Führer der verschiedenen Trahtengruppen wieder in Billingen zusammen.

\* Aus dem Hegauer Land. Durch den Regen der letzten Tage haben sich die Feld- und Gartenfrüchte, Weizen, Roggen

**Vorteilhafter Einkauf von Schuhwaren**

**Damen - Schnürhalbschuhe 298.-**  
mit Derby u. Laeckappe Paar nur Mk.

**Herren-Schnürstiefel, mod. Form 448.-** Damen-Schnürhalbschuhe **148.-**  
mit u. ohne Laeckapp. weiss Leinen

Ein Posten braune **Kinder - Stiefel** Grösse 19-21 mit und ohne Fleck **69<sup>50</sup>**

Ein Posten schwarze **Kinder - Stiefel** Grösse 19-20 mit Fleck . . . . **54<sup>50</sup>**

Ein Posten elegante **Kinder - Stiefel** lila, blau und grau, feinste Ausführung Gr. 24-26 Mk. **98<sup>50</sup>**

**Einzelpaare zu staunend billigen Preisen!**

**Schuhhaus Prophet**  
Kaiserstraße, Ecke Lammstraße.

**Ausverkauf!**

Auch in diesem Jahre zeigen sich die großen Schäden, die der Krieg und seine Folgen der Gesundheit unserer Kinder zugefügt hat, in ganz erheblichem Maße. Tausende von Kindern sind körperlich oder erhaltungsbefähigt. Um der größten Not zu brennen, sollten im Laufe dieses Sommers etwa **3000 Kinder** aus allen Schichten der Bevölkerung und aus allen hiesigen Schulen zur Kräftigung ihrer Gesundheit in Kinder-Erholungsheimen ausgesandt werden.

Die Kindererholungsfürsorge ist eine der wichtigsten Aufgaben unserer Zeit. Zur Durchführung dieser großen für die Zukunft unseres Volkes so bedeutenden Wertes sind mehr als 2 Millionen Mark nötig. Die Zuschüsse von Staat und Gemeinde und die Beiträge der Eltern reichen nicht aus, um alle Kosten zu decken.

Darum ergeht der erste Mahnruf an alle: **Helft die Gesundheit unserer Jugend zu erhalten!**

Männer und Frauen, Aderbrüder und Verwandte, tretet unserm Verein als Mitglied bei und unterstützt dadurch unsere gute Sache. Jedem ist es überlassen, die Höhe seines Jahresbeitrags selbst festzusetzen.

Auch einmalige Spenden werden dankbar angenommen. Stiften Kleider, Interiörsache usw. für arme Kinder.

**Groß ist die Not!**

Unsere Mitbürger, die sich ein gutes Herz für unsere Bedrängten haben, werden auch in diesem Jahre nicht verlegen und ihre Hilfe angeheben lassen zum Wohle unserer heranwachsenden Jugend. Mitgliederbeiträge und Spenden bitten wir entweder auf unserer Geldkassette einzuzahlen oder auf unser Konto bei der Vereinsbank oder unser Volksschulenkonto Nr. 29 667 beim Postamt Karlsruhe zu überweisen.

**Verein Jugendhilfe Karlsruhe e. V.**  
Geschäftsstelle: Kreuzstraße 15, Telefon 5316-5318.

und Oker gut erholt. Der Stenerertrag wird sich, soweit man bisher erleben kann, günstiger gestalten, als man anfangs dachte. Man rechnet auf eine Mittelrente. Die im Gange befindliche Gemeinderäte dürfte befriedigend ausfallen.

Großfeuer in Mosbach

Mosbach (Baden), 22. Juni. Ein verheerendes Großfeuer zerhieb gestern abend das neu erbaute Getreidelagerhaus der Mosbacher Volkshaus, in welchem neben Getreidevorräten hauptsächlich große Vorräte an Kunstdünger sich befinden. Da dieser Dünger aus Oppau stammte, verbreitete sich bald das Geruch, doch in Mosbach ein zweites Unglück wie in Oppau durch Explosion entstehen konnte. Die Mosbacher Feuerwehr hielt sich in Folgebeisein bei der Bekämpfung des Brandes in großer Distanz, jedoch außer einiger landwirtschaftlicher Maschinen nichts gerettet werden konnte, zumal noch von unbefugter und bisher nicht ermittelter Seite die Wasserleitung abgestellt wurde. Das Lagerhaus, das heute morgen noch brannte, ist vollständig vernichtet. Der Schaden wird auf 5-8 Millionen Mark geschätzt, ist aber durch Versicherung vollkommen gedeckt. Der Lagerbetrieb soll vorläufig durch die Volkshaus aufrecht erhalten und ein Neubau des Lagerhauses beschleunigt ausgeführt werden.

Wer ist schuld an den hohen Heugrasspreisen?

Zur Zeit wird vom Bauernbund in Baden die Forderung erhoben, daß der Alter Weiz ab Stall 10 Mark kosten müsse. Die Forderung wird mit den hohen Preisen für Heugrass begründet. Wer ist nun aber schuld an diesen hohen Heugrasspreisen? Doch nur die Herren Bauern und Kuhholder selber. Dafür ein Beispiel: In Ruppurr fand vor etwa 3 Wochen die Grasversteigerung der Domänenverwaltung statt. Leider konnten die kleinen Landwirte von Ruppurr kein Gras erhalten, weil die Preise für die einzelnen Futterlosche von auswärts hergekauften so in die Höhe getrieben wurden, daß die Preise jeder Versteigerung spotteten. Auf einzelne Lose, die mit

14 bis 1600 M veranschlagt waren, wurden gleich Angebote mit 3000 M und 4000 M gemacht; dann ging es nicht um 50 oder gar 100 M im Bieten weiter, sondern gleich 1000 und 2000 M. weise wurde hinaufgeboten, so daß ein Los jeweils auf 10 bis 20 000 M zu stehen kam. So wie hier war es auch anderwärts. Wäre kein Geld vorhanden, wäre eine solche schamlose Preistreiberei unter den Bauern selber nicht möglich. Jetzt kommen diese selben Bauern und schreien nach einem Milchpreis von 10 M, weil das Futtergras so teuer sei.

Bei dieser Gelegenheit muß aber auch der Vorwurf erhoben werden, warum diesen Preistreibern, die das Geld so zur Verfügung haben, bei den Grasversteigerungen noch Zahlungsfreiheit auf ein halbes oder gar ganzes Jahr vom Vater Staat gewährt wird. Hier müßte der Staat, der doch immer in finanzieller Not ist, sich von diesen Preistreibern sofort bar bezahlen lassen. Die Steuern der Arbeiter und Beamten können trotz wachsender und monatlicher Abzüge wohl noch erhöht werden, damit der Staatshaushalt diesen Preistreibern Zahlungsfreiheit gewähren kann.

Kleine Nachrichten

Gasse. Ein auf einer Straße befindliches Auto in der Nähe von Radra am Schiffhäuser ist infolge einer Explosion des Benzinlagers verunglückt. Sechs Polizeibeamten, darunter ein Offizier, erlitten schwere Verwundungen und wurden in heftigsten Zustände in das Krankenhaus nach Sangerhausen gebracht. **Rudolfsstadt.** Die gesamte Belegschaft des Saale-Elektrizitätswerkes ist in den Streit getreten, wodurch das Werk und die angeschlossenen industriellen Werke in Rudolfsstadt und Saalfeld stillgelegt worden sind. Beide Städte sind vorläufig ohne Licht.

Berlin. Durch Berliner Kriminalbeamte wurde in Jüterbog ein großes Waffenlager entdeckt. Ein den früheren Baltischenstruppen angehörender Oberleutnant - Deutscher - hatte versucht, das Jüterbogener Waffenlager in Berlin an den Mann zu bringen und war dabei mit Berliner Kriminalbeamten in Verbindung getreten, ohne zu wissen, daß er es mit solchen zu tun hatte. Er wurde verhaftet und das Waffenlager aufgegeben. Es handelt sich insgesamt um 2 vollständige schwere Maschinengewehre, 25 Gewehre, 150 Handgranaten und mehrere hundert Zündmunition für Gewehre und Maschinengewehre, ferner Zündmunition.

Hamburg. Nach behördlichen Feststellungen forderte das Genieren des Dampfers „Aure“ 37 Menschenleben, 12 tote sind geborgen. Die noch fehlenden 25 Personen gehören größtenteils der brasilianischen Mannschaft an.

Madrid. Die Zeitung „El Sol“ berichtet, daß die militärischen Aktionen in Marokko endgültig beendet seien. Eine Schiffsfahrts-Gesellschaft habe von der Regierung den Auftrag erhalten, 2 Schiffe bereit zu halten, um die Expeditionstruppen nach Spanien zurückzuführen.

Schriftleitung Georg Schöpflin. Verantwortlich: für Artikel, politische Überlicht und Regie Nachrichten Hermann Radel; für politische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Provinz, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Giese; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

„Das Geheimnis jung zu bleiben!“ Welche Dame hätte nicht den Wunsch, dieses Geheimnis zu erlangen, um sich dadurch Jugend und Schönheit zu erhalten! Es ist jetzt enthußt und die Offenbarungen darüber sind jedem zugänglich. Lassen Sie sich von „Marjan-Vertrieb“, Berlin 284, Friedrichstr. 18, das Buchlein „Das Geheimnis jung zu bleiben“ kommen. Die Aufzählung erfolgt tollentlos und franco zusammen mit einer Probe der köstlichen „Marjan-Creme“. 1513

Hotels and restaurants in Karlsruhe: Hotel Nassauer Hof, Hotel Müller, Markgräfler Hof, Restaurant Grünwald, Restaurant Merkur, Zum Bratwurstglocke, Gasthaus zum Stephanienbad.

Färberei Printz A.-G., Gebrüder Kugel, Rheinstr. 63, ADAM KEMPF, Frz. Fischer & Co., Weingrosshandlg.

Junker & Ruh A.-G., Maschinenbau-Gesellschaft, Oscar Sichtig & Co., Maschinenfabrik :: Ventilationsanlagen

Maschinen-Fabrik Louis Nagel, Personen- und Lasten-Aufzüge, Spinntransport- und Entstaubungs-Anlagen

Maschinen-Fabrik Louis Nagel, Reservoir für Firma Heint. Rausch, Sägewerke u. Holzhandlung Karlsruhe

Geschäftliche Rundschau u. Zeitungs-Dauer-Fahrplan, Teigwaren „Syndikatsfrei“, Schweizer & Brecht, Badische Lederwerke

Table with columns for locations (Herrenalb, Frauenalb, etc.) and prices for various goods.

Machol & Löwengardt, Pack-, Schreib- und Druck-Papiere, Max Schellberg & Co., Schmiedestücke für alle Zwecke

EMIL KOHM, Fabrik für Chirurgie - Mechanik, Unterberg & Helmle, Karlsruhe, Ritterstrasse 13-17

EUGEN REILING, Th. & O. Hessig, Eisenbetonbau, Casimir Kast, Holzhandlung Sägewerke, Gernsbach

H. Fuchs Söhne, Karlsruhe, Säge- und Hobelwerke, Hermann Cohen, Rintheimerstrasse 8 - Telefon 5103

Vogel & Schnurmann, Karlsruhe, Leder-Handlung R. Neureuther, Stimmen u. Reparaturen

Bruchsal, Bruchsaler Gesellschaft für Holzhandel und Holzbearbeitung, Gustav Bader, Fittings Fabrik

Ford. Schroff & Co., Möbelfabrik, Raphael Bär, Bruchsal, Leder - Hüte - Treibriemen

Joh. Breining, Kaiserstrasse 61, Deutsche Eisenbahnsignalwerke, Aktien-Gesellschaft

Peter Schwaderlapp & Co., Herren- und Knaben-Kleider-Spezial-Haus, Schuhhaus Julius Wertheimer, Bruchsal

Jakob A. Gross, Bruchsal, stets neu ergänzte grosse Auswahl zu vortheilhaftesten Preisen

**Pfannkuch & Co.**  
Spezialhaus für Lebensmittel  
Verkaufsstellen in allen Stadtteilen  
**Karlsruhe-Pforzheim** u. Um-  
gebung  
Beachten Sie unsere Tagesinserate!

**Süddeutsche Disconto-  
gesellschaft A. G.**  
Filiale Karlsruhe  
Kaiserstrasse 146 gegenüber der Hauptpost.

**Bankhaus Veit L. Homburger**  
Karlsruhe  
Karlsruhestr. 11  
Telephon 85, 86, 208, 4885, 4886.

**Badische Bank**  
Mannheim — Karlsruhe  
Hinterlegungsstelle f. Mündelvermögen.

**Stärk- und Hauswäsche jeder Art**  
**Wäscherei Bardusch**  
Filiale Karlsruhe Kreuzstr. 7, Teleph. 2101  
Darlach, Schloßstr. 3, Ettlingen, Teleph. 61

**Beste Bezugsquelle für Zuckerwaren**  
Verkauf nur an Wiederverkäufer  
Spezialität: „Aoska-Karamellen“

**Adolf Speck, Zuckerwarenfabrik**  
Karlsruhe i. B.

**Die Fabrik Els.-Bad. Konserven**  
**Flach & Co., m. b. H.**  
KARLSRUHE  
stellt her:  
Obstkonserven, Marmeladen, Frucht-  
säfte in guter Qualität.

**Geschäftliche Rundschau u. Zeitungs-Dauer-Fahrplan**

**Christ. Oertel** Kaiserstrasse 101-3  
**Ornstein & Schwarz** Kaiser- u. Kreuzstr. Ecke  
Billigste Bezugsquelle für Herren- und Knabenbekleidung.

**LAUTERBERG CIGARETTEN**  
DIE MARKE FÜR KENNER

Abfahrt in Richtung:

Abfahrtsort	Abfahrtsort	Abfahrtsort	Abfahrtsort	Abfahrtsort	Abfahrtsort	Abfahrtsort	Abfahrtsort
Pforzheim	Bruchsal	Scawetz-Mannheim	Ettlingen-Rastatt	Darmstadt-Rastatt	Maxau-Pfaff	Eppingen	Karlsruhe-Altstadt
W 4:25	W 4:35	W 4:45	W 4:55	W 5:05	W 5:15	W 5:25	W 5:35
D 6:05	D 6:15	D 6:25	D 6:35	D 6:45	D 6:55	D 7:05	D 7:15
W 7:35	W 7:45	W 7:55	W 8:05	W 8:15	W 8:25	W 8:35	W 8:45
D 9:15	D 9:25	D 9:35	D 9:45	D 9:55	D 10:05	D 10:15	D 10:25
W 10:55	W 11:05	W 11:15	W 11:25	W 11:35	W 11:45	W 11:55	W 12:05

Ankunft in Richtung:

| Anfahrtsort        |
|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|--------------------|
| Pforzheim   | Bruchsal    | Mannheim    | Ettlingen   | Darmstadt   | Maxau       | Eppingen    | Karlsruhe-Altstadt |
| D 8:15      | D 8:25      | D 8:35      | D 8:45      | D 8:55      | D 9:05      | D 9:15      | D 9:25             |
| W 9:55      | W 10:05     | W 10:15     | W 10:25     | W 10:35     | W 10:45     | W 10:55     | W 11:05            |
| D 11:45     | D 11:55     | D 12:05     | D 12:15     | D 12:25     | D 12:35     | D 12:45     | D 12:55            |

W: Wochentags, Sa: Samstags, S: Sonn- u. Feiertags, W\*: Wochentags ausgen. Samstags.  
E: Eilzug, D: D-Zug, L: Luxuszug.

**Möbelkaufhaus Gust. Friedrichs**  
Markgrafenstr. 24 und Kronenstr. 40 (ehem. Hotel Geist).

**Karlsruher Lebensversicherung**  
auf Gegenseitigkeit.  
Versicherungsbestand:  
1 Milliarde 700 Millionen Mark  
Neue Tarife mit niedrig. Prämien.  
Versicherung ohne Untersuchung

„Karl Dietsche“  
Butter und Käse — en gros — en detail  
Amalienstr. 29 Telefon 120.

**Konditorei und Café Karl Kaiser**  
Kaiserstr., Ecke Douglasstr. Tel. 1288.

**Konditorei und Café Karl Ringwald**  
Karlsruhe, Wilhelmstrasse 19 — Tel. 4240.

**Geschwister Allmendinger**  
Schokoladen — Confitüren  
Kaiserstr. 140 — Waldstr. 38 — Tel. 3573.

**F. Bausback, Weingroßhandlg.**  
Telefon 1468.

**B. Odenheimer** Kirschwasser  
Liköre — Obstbrennerei — Karlsruhe i. B.

**Alb. Broglit & Co., Lebensmittel**  
Büro: Viktoriast. 18. Filialen: Am Mühl-  
burger Tor, Mathystr. 85, Adlerstr. 14.

**Jos. Schneider, Wurst- und Fleischwaren**  
Erbprinzenstr. 23. — Telefon 870.

**Süddeutsches Zigarren-Haus** Kaiserstrasse  
Ecke Herrenstr. Kolosseum-Vorverkauf. — Telefon 3871.

**Zigarrenhaus Pet. Best, Spezialhaus feiner deutscher**  
Fabrikate, Kaiserstrasse 113, Ecke Adlerstr.

**H. Brodführer, Kaiserstrasse 5**  
Telefon 2918  
Fahrräder — Nähmaschinen — Zubehör — Reparaturen.

**Geschw. KNOPF KARLSRUHE**  
Badens größtes Kaufhaus für alle Artikel  
des täglichen Bedarfs

**Bankhaus Straus & Co.**  
Friedrichsplatz 1.

**V. Heupel**  
Schirmfabrik G. m. b. H.  
Regen- und Sonnen-Schirme, Spazier-Stöcke  
Kaiserstrasse 201 — Telephon 3865 — Fabrik: Herrenstrasse 48.

**Christian Kiefer**  
Kohlen · Koks · Briquets · Holzkohlen  
Karlsruhe i. B.

**Spiegel & Wels Nachf.,**  
Telephon 1052 KAISERSTRASSE 166 bei der Hauptpost  
Grosses Spezial-Geschäft für beste  
**Herren- und Knaben-Kleidung**  
fertig und nach Maas.

**Aretz & Co., Gummiwarenhaus**  
Krankenpflege-Artikel — Linoleum  
Wachstuche  
Kaiserstrasse 215 Telefon 219

**Hotels, Cafés, Vergnügen**  
Gasth. z. Gold. Hirsch, Kaiserstr. 129. Altbek. gut  
Speise-restaurant, reichh. Mittags- u. Abendtisch, eig.  
Schlächterei, tägl. alle Sort. hausg. Wurstwaren

**Karlsruhe SPORTEL KARLSRUHE BEIER**  
Kaiserstr. 174  
Fornspr. 5218

**August Erb, Kaiserstr. 115, Tel. 2658**  
Kart., Weiss-, Woll- und Modewaren

**CAFÉ BAUER**  
Täglich Künstler-Konzert  
Violin-Virtuose Dozel

**L. Weingand, Putz- und Modewaren**  
Philippstr. 1, gegenüber der Kath. Kirche.

**Adolf Kahn, Rheinstraße 16**  
Manufaktur und Weisswaren

**Bekleidung, Schuhe, Putz**

**S. Rosenbusch, Kaiserstr. 137**  
Spezialhaus für Damen- u. Kinderhüte

**An- und Verkauf Levy**  
Kleider, Stoffe, Möbel, Antiquitäten, Schmuckwaren etc.

**Adolf Stein Nachf.**  
Inh.: J. Weiss  
Spezialhaus für Herren- u. Junglingsbekleidung  
fertig und nach Maas  
Kaiserstrasse 233, Ecke Hirschstrasse  
I. Etage — Telephon 1860.

**Geschw. Gutmann, Kaiserstr. 122**  
Damenhüte — Modewaren.

**August Mayer, Karl-Friedrichstrasse 6**  
Weisswaren — Gross- und Klein-Verkauf

**Leonhard Gretz, Schneider**  
Karlsruhe, Marienstr. 27  
Großes Lager fertiger Herren- u. Knabenkleider  
sowie neuester Stoffe zur Massanfertigung.

**Gebr. Ettlinger**  
Spezialhaus für Besätze und Spitzen  
und sämtliche Zutaten für die Damen-  
schneiderei. Handschuhe, Strümpfe,  
Wollwaren, Kinder-Ausstattung. :-

**C. Frohmüller, Karlsruhe i. B., Samen-  
handlung**  
Inh.: Camill Hans Klosterer  
Am Ludwigplatz Telephon 5435.

**Karl Fuchs, Kaiserstr. 205 I.**  
2750 Teleph. 2750  
Feine Herrenschneiderei  
Sportbekleidung und Livreen  
Reichhaltiges Lager in- und Auslandsstoffe.

**Leipheimer & Mende**  
Spezialgeschäft für  
**Manufakturwaren**

**Lebens- u. Genußmittel, Zigarren**

**W. Boländer**  
Spezialhaus für  
Bekleidung u. Ausstattung

**STRUMPF-HAUS**  
**Rudolf Wieser**  
Kaiserstr. 153 Telefon 740

**Lebensbörseverein Karlsruhe i. B. m. b. H.**  
33 Verkaufsstellen für Kolonial-Waren in  
Karlsruhe und Ettlingen. — 1 Verkaufsstelle  
für Schuhwaren. — Eigene Bäckerei, Weine,  
Biere, Holz und Kohlen.

**Eugen Löw-Hölzle**  
Kaiserstrasse 187  
Schuhwaren.

**Adolf Steiner**  
Wein-Grosshandlung  
Brantweinbrennerei  
Karlstrasse 22 Telephon 1360

**Adolf Steiner**  
Wein-Grosshandlung  
Brantweinbrennerei  
Karlstrasse 22 Telephon 1360

**Carl Frey Nachf.** Inhaber:  
Wid. Friedrich  
Kaiserstr. 99 Herrenartikel Teleph. 3228

**„Marellis“ das Merkwort**  
für hochwertige Qualitäts-Zigaretten!

**Lebensbörseverein Karlsruhe i. B. m. b. H.**  
33 Verkaufsstellen für Kolonial-Waren in  
Karlsruhe und Ettlingen. — 1 Verkaufsstelle  
für Schuhwaren. — Eigene Bäckerei, Weine,  
Biere, Holz und Kohlen.

**Gebr. Schmitt, Mineralwasserfabrik**  
Kulmbacher Bier — Bernhardtstr. 7, Telef. 3050.

**Volksfreundleser!**  
Berücksichtigt bei Euren Einkäufen  
die Inserenten der Parteipresse!  
Beachten die Firmen in der  
Geschäftlichen Rundschau!

**Paul Hügel, Schützen-  
str. 11. Arbeiterwäsche**  
jeder Art, Manufakturwaren,  
Kurz-, Weiss- und Wollwaren.

**UHREN, GOLDWAREN und TRAURINGE**  
**J. HILLER, WALDSTR. 24**

**Gebr. Kaufmann, Farnberg-Grosshandlung**  
Gottesauerstrasse 30. Telephon 5429

**Fritz Müller** Musikalien-Handlung  
Instrumente  
Kaiserstr., Ecke Waldstr.

**Heinrich Schlerf Nachf.** Bürsten,  
Scheuertücher,  
Kurzwaren für Wiederverkäufer

